



Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 206-2025
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion:
Geschäftsnummer: 2025.GRPARL.471

Eingereicht am: 01.09.2025

Fraktionsvorstoss: Nein
Vorstoss Ratsorgan: Nein
Eingereicht von: Jost-Morandi (Herzogenbuchsee, GLP) (Sprecher/in)
Plüss-Zürcher (Boll, FDP)
Lindegger (Roggwil, GRÜNE)

Weitere Unterschriften: 7

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Nein 04.09.2025

RRB-Nr.: vom
Direktion: Büro des Grossen Rates
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Auswahl**

Bündelung der parlamentarischen Zuständigkeit für Informatik und Digitalisierung

Das Büro des Grossen Rates wird beauftragt,

1. die rechtlichen Grundlagen für eine klar definierte Zuständigkeit in einer einzigen Kommission des Grossen Rates für Informatik und Digitalisierung zu erarbeiten.
 - Dies kann durch die Schaffung einer neuen ständigen Kommission unter gleichzeitiger Aufhebung einer bestehenden Kommission oder
 - durch die Erweiterung und Anpassung des Auftrags einer bestehenden Kommission erfolgen.
2. der betreffenden Kommission den Auftrag zu erteilen,
 - die Strategie und Umsetzung der Informatik- und Digitalisierungsprojekte der kantonalen Verwaltung zu begleiten,
 - Vorschläge zur Steigerung der Verwaltungseffizienz zu erarbeiten sowie die Einhaltung von Datenschutz, Informationssicherheit und Qualitätsstandards zu überwachen.

Begründung:

In den vergangenen Jahren musste der Grosse Rat wiederholt Nachkredite für Informatikprojekte bewilligen und sich mit Leistungsproblemen auseinandersetzen. Mehrere Vorhaben dauerten länger, wurden teurer oder verfehlten teilweise die gesteckten Ziele. Die Investitionen in kantonale IT-Projekte erreichen mittlerweile die Grössenordnung mittlerer Bauprojekte. Aktuell steht mit dem Projekt «Rialto» gar die Gefahr einer ungenutzten Investition im Raum. Zudem werden zentrale Digitalisierungsprojekte – etwa eBau oder das neue Sozialhilfeprogramm – nicht nur innerhalb der kantonalen Verwaltung, sondern auch in den Gemeinden eingeführt. Dies erhöht die Anzahl Beteiligter, die Koordinationsanforderungen und die Komplexität.

Heute sind die Themen Informatik und Digitalisierung auf drei Kommissionen (FiKo, GPK und SAK) verteilt. Dies erschwert die kohärente Steuerung, führt zu Überschneidungen und erschwert die gesamthafte parlamentarische Aufsicht. Eine **Bündelung in einer einzigen Kommission** erhöht Transparenz, verbessert die parlamentarische Steuerung und stärkt die strategische Ausrichtung.

Die Kommission soll den Kanton Bern bei der Zielsetzung und Umsetzung seiner Digitalisierungsstrategie begleiten, Impulse für innovative Projekte geben und Massnahmen zur Effizienzsteigerung fördern. Dabei soll sie auch die Potenziale neuer Technologien wie Künstliche Intelligenz (KI) in den Blick nehmen.

Angesichts der grossen finanziellen Bedeutung, der hohen Komplexität und der wachsenden strategischen Relevanz von Informatik- und Digitalisierungsprojekten ist die **Bündelung in einer Kommission fachlich geboten und politisch überfällig**. Sie schafft die Grundlage für vorausschauende Planung, wirksame Kontrolle und nachhaltige Investitionen in die digitale Zukunft des Kantons Bern.

Begründung der Dringlichkeit: Angesichts der in Schieflage geratenen Projekte ist dringender Handlungsbedarf gegeben.

Verteiler

– Grosse Rat